

# „Volksvertreter haben Bodenhaftung verloren“

Senioren Union diskutiert über offenen Brief des Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Wulff

**Osterhofen. (hk) Erneut hat sich die Seniorenunion beim Eder-Wirt in Untergessenbach zum Diskussionsabend getroffen. SEN-Kreisvorsitzender Alois Pinzinger hatte zum obligaten Stammtisch gerufen und viele waren gekommen.**

Unter den Gästen befanden sich, neben dem gleichberechtigten Vorsitzenden Walter Spenger auch Deggendorfs Alt-Vizelandrat Michael Geier, BBV-Kreisobmann Hans Siedersberger und Wallerfings Altbürgermeister Rudolf Stockner, die alle zusammen nur auf den Startschuss von Pinzinger zur Diskussion warteten.

Bevor es jedoch so weit war, gab der Kreisvorsitzende die Abfahrtszeiten und Zustiege der Busse für die Landtagsfahrt mit Staatssekretär MdL Bernd Sibler am 14. Oktober bekannt. Danach kommt Bus I um 6.25 Uhr in Hengersberg am Freibad an und fährt um 6.30 Uhr wieder ab. Ankunft in Deggenhof ist um 6.45 Uhr am Busbahnhof an der Stadthalle und Abfahrt um 6.55 Uhr. Bus II erreicht Hengersberg am Freibad bereits um 6 Uhr. Abfahrt nach Osterhofen Dreifachturnhalle ist 6.10 Uhr, die dortige Ankunft 6.30 Uhr. Abfahrt nach Plattling ist 6.40 Uhr mit Halt am Plattlinger Preysinghof um 7 Uhr. Von dort erfolgt die Weiterfahrt nach München nach dem Zustieg von Staatssekretär MdL Bernd Sibler, der die Gruppen in den Landtag eingeladen hat.

Als Diskussionsgrundlage hatte Pinzinger den offenen von Prof. Dr. Otto Wulff mitgebracht, in dem sich dieser in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der Senioren Union der CDU Deutschland über mögliche politische Koalitionen im Berliner Reichstag äußert. Was schon seit über zehn Jahren wegen der linken Mehrheiten im Bundestag durch SPD, Linke und Grüne latente Gefahr für jede unionsgeführte Bundesregierung ist, scheint Wulff nach seinen Darlegungen erst kürzlich nach den schweren Niederlagen der CDU bei den letzten Landtagswahlen aufgegangen zu sein. Wulff, der ein rot-rot-grünes Bündnis fürchtet, wird nach seinen Erkenntnissen besonders von dem bundesweit bekannten „Alt-Grünen“ Jürgen Trittin und seinem politischen Intimus Gregor Gysi von der Linkspartei befürwortet.

Danach sollen Trittin als Innenminister und Sarah Wagenknecht als Außenministerin mit dem Ziel agieren, den Austritt Deutschlands aus der Nato zu betreiben. Weiter befürchtet Wulff, dass Oskar Lafon-

taine, der damals zum DDR-Ministerpräsidenten Erich Honecker ein besseres Verhältnis gehabt habe, wie zu dem demokratisch gewählten Bundeskanzler Kohl, ebenfalls mit einem Führungsposten im Berliner Kabinett betraut wird und warnte: „Angesichts solcher Aussichten muss sich jeder normale Bürger an den Kopf fassen, was unserem Land drohen würde, sollte die NATO geschwächt und das westliche Bündnis ausgehebelt werden.“

Auf der ganzen Welt sei kein Land mit einem sozialistisches Wirtschaftsmodell zu finden, das realen Sozialismus mit Wohlstand und persönlicher Freiheit untereinander verbinden könne, las Pinzinger Professor Wulffs Brief weiter vor, beleuchtete dabei jedoch nur die wichtigsten Passagen aus diesem Brief. Es ging darin nicht nur gegen die Gefahr einer Machtübernahme von links, sondern gewarnt wurde auch vor einem neuen Nationalismus mit braun getünchten Ideologien aus der politischen Mottekiste.

Für die Senioren Union stehe bei der nächsten Wahl viel auf dem Spiel, prophezeite Wulff, denn sie müsse zeigen, was sie kann und wozu sie fähig ist, wenn sie sich nicht als Versager aus der Politik verabschieden lassen will. Wulffs Credo war: „Allein mit einer Zuschauerrolle in der Politik darf und wird sich die Senioren Union nicht mehr zufriedengeben.“ Für genug Diskussionsstoff war gesorgt. Mit einer Zuschauerrolle wollte sich Walter Spenger nicht zufriedengeben, denn er stellte in den Raum, dass die Politikverdrossenheit bei den bis 60-Jährigen deshalb so groß sei, weil es immer heiße: „Wir können sowieso nichts machen.“ Die Politikverdrossenheit weiterer Bevölkerungsteile führte Spenger in seinem Statement unter anderem auch darauf zurück, dass viele der sogenannten Volksvertreter ihre Bodenhaftung verloren hätten, der erstrebte Dokortitel nur noch dazu diene, um ins Parlament zu kommen, weil man dann ausgesorgt habe. „Das merken die Leute und wenden sich von diesen Polilt-Profis mehr und mehr ab. Deshalb müssen wir als SEN neue Verknüpfungen zwischen unseren Leuten im Parlament und den Praktikern draußen finden.“

**„Wir brauchen keine Drohgebärden“**

Außenpolitisch ging Spenger mit der von den USA geführten Nato-Politik ins Gericht, deren Drohge-



Nach der Verlesung eines offenen Briefes durch Alois Pinzinger von Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren Union der CDU Deutschland, kam es zu lebhaften Diskussionen. (Foto: Keller)

bärden in Osteuropa er für völlig überflüssig und falsch hielt, weil das alles auf einen neuen Konflikt mit Russland hinsteuere. „Wir brauchen solche Drohgebärden nicht, die letztlich gegen uns selbst gehen“, stellte Spenger klar. „Was wir brauchen, ist der Wandel durch Handel und nicht durch Krieg.“ Nach der allgemeinen Zustimmung ergriff Alt-Vizelandrat Geier das Wort und ging dabei zunächst auf die Flüchtlingsproblematik ein, die die Kanzlerin unbedingt in den Griff bekommen müsse. Leider habe auch sie den Fehler gemacht wie Ex-Bundespräsident Wulff zu sagen, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Spenger dazu: „Die Kanzlerin hat in diesem Fall keine Politik gemacht, sie hat nur menschlich gehandelt. Trotzdem: Religionsfreiheit hin oder her. Wir haben ein Vermummungsverbot und wer hierbleiben will, der muss sein Gesicht zeigen. Wenn das nicht mehr geht, dann ist unsere Demokratie fertig.“

Wegen des eventuell drohenden Linksbündnisses warnte Geier vor Trittin, indem er dessen politisch linksradikalen Werdegang schilderte, der in seiner Deutlichkeit aufhorchen ließ. BBV-Kreisobmann Hans Siedersberger erinnerte an Wahlbeteiligungen bis zu 90 Prozent in seiner Jugend und meinte:

**„Wir brauchen keine Mediendemokratie“**

„Heute wird zu viel geredet und zu wenig getan. Die CSU ist dabei jedoch noch immer ein Vorbild, denn bei uns passiert erheblich mehr, als bei den anderen. Was wir nicht brauchen ist die jetzige Verwaltung- und Fernsehdemokratie,

sondern eine Demokratie mit kantigen Männern wie unser Landrat Bernreiter. Den sollte man als Vorbild hinstellen, weil der nicht jedem nach dem Mund redet und es nicht jedem Recht machen will“, forderte Siedersberger.

Auch Spenger verurteilte die vom Volk als Mediendemokratie wahrgenommenen Fernsehsendungen, weil man darin immer die gleichen Gesichter finde, die aus der Stube kommend als Schießbudenfiguren bezeichnet wurden. Weiter ging Spenger auch auf die Falschmeldung der Medien ein, dass Orban die Volksabstimmung verloren habe, weil man ein Referendum als solches nicht verlieren könne. Tatsache sei, dass 98 Prozent der zur Abstimmung gegangenen Ungarn keine Moslems im Lande haben wollten. Seinen Ärger drückte Spenger auch über Anne Will mit ihrer Talkshow aus, die gefragt habe: Wie viel Moslems vertragen christliche Länder? „Fragen hätte man sollen“, forderte Spenger, „wie viel Christen verträgt die Türkei.“ Ein Diskutant verurteilte die Länder Polen und Ungarn wegen ihrer Unsolidarität und rechnete vor, dass diese Staaten die größten Nutznießer der EU seien und Deutschland der größte Einzahler. „Man muss sich nur daran erinnern“, so der Mann, wie es in diesen Ländern vor 25 Jahren aussah und wie die heute dastehen. Dann versteht man deren Haltung absolut nicht.“

Mit Groll wurden auch die hohen Kosten von monatlich bis zu 6000 Euro für unbegleitete Flüchtlinge mit dem Tenor zur Kenntnis genommen, dass keiner eine solche Politik mehr verstehen kann. CSU-Veteran Rudolf Stockner stellte als altgedienter Kommunalpolitiker hinsichtlich kommender Probleme mit den Flüchtlingen die gesamte EU-Politik auf den Prüfstand und brach damit ebenfalls eine Lanze für Kanzlerin Angela Merkel indem er darlegte: „Die Kanzlerin ist mit der von ihr verfolgten Flüchtlingspolitik nur deshalb gescheitert, weil sie von der gesamten EU im Stich gelassen worden ist. Über die Landespolitik aus München beschwere ich mich nicht“, so Stockner, der ebenfalls allgemeine Zustimmung fand. Vorsitzender Pinzinger ergänzte, dass man der Kanzlerin, um diese europaweit zu diskreditieren, auch noch wahrheitswidrig die Bevormundung aller anderen EU-Staaten in den Mund gelegt habe, was nie der Fall gewesen sei.

Hart diskutiert wurde weiter über den Sinn von Volksabstimmungen und über die Auswirkungen der AfD-Wähler im Zusammenhang mit der kommenden Bundestags- und Bundespräsidentenwahl. Der Gesamttenor der Versammelten war letztlich, trotz aller berechtigten Kritik an der Berliner Politik: „Wir stehen hinter der Kanzlerin.“

Selten wurde bei den CSU-Veteranen so knallhart diskutiert.